



Kiel, 15. März 2018

Nr. 091 /2018

Birte Pauls:

Die Jamaika-Koalition verhindert faire Löhne

Zur heutigen Beschlussfassung im Sozialausschuss zum „vergaberechtlichen Mindestlohn“ erklärt die sozialpolitische Sprecherin, Birte Pauls:

„Die Referenzgröße für den vergaberechtlichen Mindestlohn soll dem Grundentgelt der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder entsprechen.

Dies bedeutet: Ab dem 01.01.2018 müsste der vergaberechtliche Mindestlohn bei 10,22 Euro brutto liegen. Dies wäre die logische Konsequenz, wenn wir in Schleswig-Holstein weiter öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen geben, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen entsprechenden vergaberechtlichen Mindestlohn zahlen. Das Land Schleswig-Holstein muss mit gutem Beispiel vorangehen, um gute Arbeit und faire Löhne zu garantieren.

Zum Leidwesen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lehnt die Jamaika-Koalition die Erhöhung des Vergabemindestlohnes heute im Sozialausschuss ab!“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de